

In dieser Ausgabe:

3 Übertragung der Arbeitsvermittlung an die Kommunen ist ein historischer Rückschritt.

4 Kein Ringschluss der Stadtautobahn. DIE LINKE will Verkehrskonzept modernisieren.

4 Es geht um unser Wasser. Kartellamtsüberprüfung und Volksbegehren gegen Geheimverträge.

7 „Deutschland im Krieg“. Eine Veranstaltungsreihe der Galerie Olga Benario.

Ostermarschierer haben Recht - Bundeswehr raus aus Afghanistan

„Es ist offensichtlich, dass die Bundeswehr als Teil der NATO-Besatzung wahrgenommen wird. Die neue Kriegsstrategie der NATO-Truppen ist ein hochgefährlicher Irrweg,“ erklärt Christine Buchholz, friedenspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Sie bedeute eine weitere Verschärfung der Kämpfe, noch mehr Tote auf allen Seiten und unter der Zivilbevölkerung und keinerlei Aussicht auf ein gutes Ende. Der zivile Aufbau komme unter die Räder des Krieges. Buchholz weiter: „Vor 50 Jahren fand der erste Ostermarsch statt. Zu der atomaren Bedrohung, die vor 50 Jahren den Anlass für die Demonstration der Friedensbewegung gab, sind inzwischen weltweite Kampfeinsätze der Bundeswehr wie in Afghanistan gekommen. Zehntausende Demonstrantinnen und Demonstranten gedachten der drei toten Soldaten, der von der Bundeswehr irrtümlich getöteten sechs afghanischen Soldaten und der über 140 am 4. September 2009 bei Kundus auf Befehl der Bundeswehr getöteten Afghanen.“

DIE LINKE.
Bezirksverband Neukölln



Foto: Jakob Huber

Widerstand gegen „Kopfpauschale“

Widerstand formiert sich gegen die Pläne der Bundesregierung, noch in diesem Sommer massive Einschnitte im Gesundheitssystem vorzunehmen.

Im März traf sich erstmals eine Regierungskommission, um die so genannte „Kopfpauschale“ auf den Weg zu bringen. Die „Kopf-

pauschale“ ist ungerecht, weil alle den gleichen Betrag an die Krankenkassen zahlen, egal, wie hoch ihr Einkommen ist. Auch die schrittweise Einführung einer „Kopfpauschale“ ändert daran nichts. Wenn die Tür erst offen ist, wird die Pauschale sehr schnell in schwindelerregende Höhen steigen, befürchten Gesundheitsexperten. Auch bringe die Kopfpauschale keinen Cent zu-

sätzlich in das Gesundheitssystem. Dem Bündnis gegen die „Kopfpauschale“, dem neben campact und anderen auch die Gewerkschaft Ver.di angehört, hat im Internet www.kopfpauschale-stoppen.de bereits über 85.000 Unterschriften gegen die „Kopfpauschale“ gesammelt.

Weitere Informationen lesen Sie auf Seite 3.

Ketten-re-Aktion: Menschenkette

Am 24. April ist es so weit: Dann sollen die Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel mit einer 120 Kilometer langen Aktions- und Menschenkette verbunden werden.

Zwei Wochen vorher, am Sonnabend, dem 10. April, werden in über 50 Orten bereits Auftakt-Menschenkette entstehen – und damit Menschen für die Großaktion begeistern. Treffpunkt: 11.00 Uhr vor der Vattenfall-Zentrale Chaussee-/Ecke Zinnowitzer Straße (U6 Naturkundemuseum).

Weitere Infos: www.campact.de/atom2/kette/mmberlin

Abfuhr für Nazis in Neukölln

Der „Lange Tag gegen Nazis“ am 20. März in Neukölln war ein gelungener Start für die Kampagne „Kein Ort für Nazis“.

An den Aktionen und Veranstaltungen beteiligten sich mehr Menschen, als die Initiatoren gehofft hatten. Sie zeigten, dass es notwendig und möglich ist, gemeinsam den Nazis entgegenzutreten. Die Nazis setzen auf Gewalt und wollen dadurch einschüchtern. In der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung drohten sie offen mit „einem neuen 1933“.

Lesen Sie den Bericht auf Seite 2 und ein Interview auf Seite 5.

Tempelhofer Feld wird geöffnet

Am 8. Mai wird das Tempelhofer Flugfeld für die Öffentlichkeit geöffnet.

Die Neuköllner LINKE lädt dazu ein, mit vielfältigen Aktivitäten an diesem Tag das ehemalige Flugfeld zu nutzen und für die Forderung „Tempelhof für alle“ einzutreten. Zugleich ist der 8. Mai der 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Deshalb wird die LINKE gemeinsam mit anderen Organisationen und Initiativen an die Rolle des Tempelhofer Feldes in der NS-Zeit erinnern, als hier das KZ Columbia-Haus stand und Zwangsarbeiter in Rüstungsbetrieben ausgebeutet wurden. **Lesen Sie den Beitrag auf Seite 6.**

Nazis drohen in der BVV mit einem neuen 1933

In der Sitzung der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 24. März zeigten die Vertreter der NPD auf erschreckende Art und Weise ihre menschenverachtende und demokratiefeindliche Vorstellung von Politik.



Vignette: Franz Zauleck

Die Fraktion DIE LINKE in der Neuköllner BVV hatte die Nazi-Anschlagsserie der vergangenen Monate gegen linke und fortschrittliche Einrichtungen in Neukölln zum Anlass genommen, um im Rahmen einer Großen Anfrage das Thema „Rechte Gewalt in Neukölln“ auf die Tagesordnung der BVV zu bringen. Gefragt wurde nach der Zunahme von rechtsextremem Straftaten in Neukölln und auch, was zum Beispiel an den Schulen präventiv dagegen unternommen werden kann.

Polizei: „Keine Zunahme rechtsextremistischer Straftaten“

Das Bezirksamt berichtete, dass der Polizei keine Informationen über eine Zunahme rechtsextremistischer Straftaten vorliegen. Es habe in den vergangenen Monaten 13 Anschläge gegen linke und fortschrittliche Einrichtungen gegeben. Vom Verbot der neonazistischen Organisation „Frontbann 24“ im November 2009 sei auch eine Untergliederung aus Neukölln betroffen gewesen. Durch die Wahl von Vertretern der so genannten „freien Kräfte“ in den Berliner Landesvorstand der NPD sei mit einer Zunahme von Nazi-Aktivitäten zu rechnen. Weiter hätten BVV-Mitglieder auf Nazi-Drohungen gegen Politiker mit Migrationshintergrund nach den Bundestagswahlen und auf Drohbriefe nach den erfolgreichen Antinaziaktivitäten vom 13. Februar 2010 in Dresden hingewiesen. Differenziert wurde auf Aktivitäten an den Schulen im Bezirk gegen rechte Gewalt und Intoleranz eingegangen.

Nazis drohen mit Gewalt

Erster Redner nach der Beantwortung der Großen Anfrage durch

die Jugendstadträtin war der fraktionslose Thomas Vierk, der über die NPD in die Neuköllner BVV eingezogen ist. Schreiend und brüllend stand er am Rednerpult. Er verglich die derzeitige Situation in Neukölln mit politischen Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik: alle Anwesenden wüssten ja, wer im Jahre 1933 in Deutschland als Sieger hervorgegangen sei.

Als weiterer NPD-Redner behauptete Jan Sturm, dass rechte Gewalt überwiegend eine Erfindung der Medien sei und es eine „linksfaschistische Meinungsdominanz“ gebe. Nazi-Opfer würden pöbelnd durch deutsche Städte ziehen und somit geradezu um Prügel betteln: „Der Halbäthiopier in Potsdam hatte Glück, dass er erst beim dritten Mal eins auf die Fresse gekriegt hat.“ An dieser Stelle griff dann endlich der Vorsteher der BVV, Koglin, ein und wies Sturm zurecht.

Auseinandersetzung mit Nazis notwendig

Diese unverhohlenen Drohungen zeigen, wie dringend die aktive Auseinandersetzung mit den Nazis notwendig ist. Christian Posselt von der LINKEN ging auf die Unterschiedlichkeit von rechter und linker Gewalt ein und erinnerte daran, dass das Thema der Anfrage rechts-extreme Gewalttaten sei.

Für die SPD-Fraktion formulierte Manuela Pohl den Appell, dass sich die demokratischen Kräfte im Kampf gegen rechte Gewalt nicht spalten lassen sollten.

Bernd Szczepanski (Die Grünen) griff die CDU wegen der Gleichsetzung rechtsextremer mit linker Gewalt scharf an und wies auf die besondere Relevanz rechter Gewalt hin. Seit 1990 seien in der Bundes-

republik 149 Menschen durch rechtsextremistische Straftaten ums Leben gekommen.

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen trat für ein Verbot von Organisationen und Parteien ein, die rechtsextremistische und demokratiefeindliche Ziele verfolgen.

Die FDP in Neukölln hat zu rechter Gewalt anscheinend keine Meinung und hat in der ganzen Debatte kein einziges Wort gesagt.

Hat die CDU den Konsens in der BVV gegen die Nazis aufzugeben?

Ist der bisher gemeinsame Konsens in der BVV gegen die Nazis von der CDU-Fraktion aufgegeben worden? Dafür spricht, dass völlig ungeachtet des unerträglichen Auftretens der Nazis in der BVV der CDU-Fraktionsvertreter Clemens meinte, sich am Thema der Großen Anfrage vorbei gegen jegliche Form von rechter-, linker- und religiös motivierter Gewalt positionierten zu müssen. Die CDU-Fraktionsvorsitzende Christina Schwarzer hatte sich das letzte Wort in dieser Debatte gesichert und anstatt sich gegen den unerträglichen Auftritt der NPD-Vertreter zu verwehren, merkte Frau Schwarzer an, dass die Fragesteller den Nazis die Möglichkeit zur Profilierung gegeben hätten. Erschreckend war der Gleichklang der Argumente von CDU und Rechtsextremisten. Beide sprachen vorwiegend von Taten, die Linksextremisten und Autonomen angelastet werden. Auch beim später angesprochenen Thema „Scheinvaterschaften“ näherte sich die CDU mit einer ausländerfeindlichen Positionen der extremen Rechten an. Auch der Gesundheitsstadtrat machte gegen vermeintlichen Sozialhilfemissbrauch mobil.

In der Neuköllner BVV hat die Debatte zur rechten Gewalt nicht zu einem Konsens der demokratischen Kräfte geführt. Die erfolgreiche Blockade des Nazis-Aufmarsches in Dresden am 13. Februar und der „Lange Tag gegen Nazis“ in Neukölln machen Mut, gegen Nazis und rechte Gewalt aktiv zu werden.

Carsten Albrecht
und Thomas Licher

Tempelhofer Feld für alle? Neukölln für alle?

Zum Kommunalpolitischen Gespräch lädt DIE LINKE Neukölln am Freitag, dem 16. April 2010 in die ehemalige Kindl-Brauerei, Werbellinstraße 50, in 12053 Berlin ein.

Von 16 bis 20.30 Uhr stehen zwei wichtige Neuköllner Themen im Mittelpunkt des Gesprächs: Wie soll die Nachnutzung des Tempelhofer Feldes über die bekannten Forderungen „keine Bebauung, keinen Zaun, keinen Eintritt“ hinaus aussehen? Welche konkreten Projektideen gibt es?

Auf die sich abzeichnenden Veränderungen in der Bevölkerungs-, Wohn- und Geschäftsstruktur Nord-Neuköllns will DIE LINKE zugunsten aller hier lebenden Bewohner Einfluß nehmen. Dazu gehört die Erarbeitung sozialverträglicher Sanierungsziele, die Forderung nach beschäftigungswirksamen Wechselwirkungen zwischen Zuzüglern, altingesessener und migrantischer Wohnbevölkerung sowie die Untersuchung der Rolle der diversen Quartiersmanagementgebiete.

Die Diskussion wird durch Kurzreferate eingeführt. Die Neuköllner LINKE hat dafür Fachleute eingeladen. M. Platta, MdA (Umweltpolitische Sprecherin/DIE LINKE) spricht zum Thema „Natur-, Umweltschutz und Stadtplanung zusammenführen“. F. Böhne (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes), und B. Winzer (Mieterladen Chamissokiez) gehen auf das Gedenken an das KZ Columbia-Haus und an das Zwangsarbeiterlager Tempelhofer Feld ein. Chr. Hoffmann (Umweltconsultung, Multikultureller Garten) stellt Angebote zum Engagement in Neukölln vor. D. Mazurek (Mieterverein) beschäftigt sich mit sozialverträglichen Sanierungszielen im Kiez Schillerpromenade und in der Karl-Marx-Straße sowie mit dem Problem, Mietsteigerungen bei Neuvermietungen begrenzen zu können.

Nach den Kurzreferaten besteht in zwei Blöcken Gelegenheit zum Gedankenaustausch. Abschließend wird die Aktion am 8. Mai zur Öffnung des Tempelhofer Feldes vorgestellt.

Für Rückfragen steht Marlis Fuhrmann (marlis.fuhrmann@die-linke-neukoelln.de) gerne zur Verfügung.

„Gesundheit ist mehr als medizinische Versorgung“

Gegen Kopfauschale & Co. formiert sich der Widerstand - auch bei der LINKEN in Neukölln.

Am 23. März trafen sich die Basisorganisationen Reuterkiez und Hermannstraße im Rathaus Neukölln zur der Diskussionsveranstaltung „Gesundheit für alle statt Kopfpauschale“. Nach einer Einführung in Grundlagen des deutschen Gesundheitswesens, die gesundheitspolitischen Ziele des Koalitionsvertrags und mögliche Alternativen, wurde vor allem das Profil der Partei DIE LINKE in diesem Bereich betont. Bei aller Analyse der Situation der gesetzlichen Krankenversicherung dürfen Linke nicht vergessen, das Gesundheit das Ergebnis guter Wohn- Lebens- und Ar-

beitsbedingungen ist. Armut und Krankheit stehen leider in einem direkten Zusammenhang. Prekäre Lebensumstände wie feuchte Wohnungen, schlechte Luft und minderwertige Lebensmittel können Ursachen für viele Krankheiten sein. Aber auch unsichere Einkommensverhältnisse, Hartz-IV-Bezug und Mobbing sind andauernde psychische Extremsituationen, die zu Depressionen oder anderen psychischen Erkrankungen führen können.

In ihren Modellen der Bürgerversicherungen von SPD, den Grünen und der Partei DIE LINKE gibt es Gemeinsamkeiten. Alle fordern die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Ausweitung des Versicherungskreises auf z. B. Beamte und die Einbeziehung von weiteren Ein-



Foto: Jakob Huber

Über 40 Aktive, eine Rösler-Puppe und ein Riesenaquarium: Beim ersten Treffen der Gesundheitskommission am 17. März wurde demonstriert, was passiert, wenn die „Kopfpauschale“ Wirklichkeit wird: Geringverdienenden steht das Wasser bis zum Hals, Gutverdienende können auf ihren Einkommenssockel bauen.

kommensarten wie Kapitaleinkünfte. Bei allen Gemeinsamkeiten darf eins nicht vergessen werden: sowohl die Grünen, als auch die SPD hatten zu Regierungszeiten die Möglichkeit, die Krankenversicherung solidarischer zu gestalten, das

Gegenteil haben sie getan. Wie sehr können wir da ihren Programmen trauen? Dieses Misstrauen muss uns jedoch nicht daran hindern, zunächst mit ihnen gemeinsam gegen die „Kopfpauschale“ zu kämpfen.

Ulrike Albrecht

„Übertragung der Arbeitsvermittlung auf die Kommunen ist ein historischer Rückschritt“

Der „Jobcenter-Kompromiss“ zwischen Union und SPD verbessert die Situation der Erwerbslosen nicht, schwächt aber die bundesweite Arbeitsvermittlung.

Künftig sollen noch mehr Kommunen anstelle der Bundesagentur für Arbeit die Arbeitsvermittlung übernehmen, so dass eine Zersplitterung der Arbeitsmarktpolitik droht. „Arbeitslosigkeit aber ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und darf nicht auf die Kommunen abgewälzt werden,“ meint Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. „In etwa einem Viertel der Landkreise gibt der Bund seine Zuständigkeit für die Arbeitsmarktpo-

litik ab. Das ist ein historischer Rückschritt. Es ist traurig, dass die SPD hier den Forderungen des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) nachgegeben hat. Die Ausweitung der Optionskommunen widerspricht auch den Prüfergebnissen des Bundestags und des Bundesrechnungshofs.

DIE LINKE sagt klar: Eine bundesweit einheitliche Vermittlung, Betreuung und Förderung aller Erwerbslosen setzt eine einheitliche Organisation voraus. Eine reformierte und demokratisierte Bundesagentur für Arbeit, die ihren sozialpolitischen Auftrag wieder wahrnimmt, muss dabei die Kommunen systematisch einbeziehen. Durch eine derartige Organisationsreform würde zudem der Bund die Kosten der Unterkunft komplett übernehmen und so die Kommunen finanziell massiv entlasten.

DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zu Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die nächste Beratung findet am 14. April und dann immer jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße) statt. Für Nachfragen und zur Terminanmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de) gerne zur Verfügung.

Die Arbeitsgruppe Hartz IV von DIE LINKE. Neukölln trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 18 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16. Das nächste Treffen findet am 5. Mai statt.



Foto: KDH

Das derzeitige Chaos bei der Berliner S-Bahn hat als Ursache, dass die Geschäftsleitung der S-Bahn GmbH im Auftrag der Bahn AG ein Maximum an Profit aus dem Unternehmen gezogen hat.

Für die Rekommunalisierung der Berliner S-Bahn

Die Neuköllner LINKE setzt sich dafür ein, dass die Berliner S-Bahn Rekommunalisiert werden soll.

In einem Antrag an den Landesparteitag der LINKEN Ende April wendet sie sich dagegen, dass die Strecken der Berliner S-Bahn 2017 oder schon früher in Teilen oder als Ganzes ausgeschrieben werden und an private Betreiber vergeben werden dürfen. Wirt-

schaftssenator Harald Wolf und die LINKE Abgeordnetenhausfraktion werden gebeten, sich für die „Rekommunalisierung der Berliner S-Bahn“ einzusetzen. Denkbar wäre dies unter dem Dach der BVG oder als eigenständiger Eigenbetrieb des Landes Berlin. Ziel soll es sein, dass die Berliner S-Bahn ein nicht auf Profit ausgelegtes kommunales Unternehmen wird, was wieder pünktlich und zuverlässig die Berlinerinnen und Berliner sowie ihre Gäste durch die Stadt bringt.

Kein Ringschluss der Stadtautobahn

Die LINKE. Berlin lehnt den Weiterbau der Stadtautobahn A 100 als Stadt-ring grundsätzlich ab.

Ein innerstädtischer Autobahnring widerspricht den Anforderungen an eine sozial und umweltgerechte Stadtentwicklung und den Klimazielen der Berliner Stadtpolitik.

In einem Antrag an den Landesparteitag der Berliner LINKEN Ende April soll der Landesvorstand sowie die Fraktion im Abgeordnetenhaus beauftragt werden, in Verhandlungen mit dem Koalitionspartner SPD über einen Stopp der Planung für den 16. Bauabschnitt einzutreten und eine integrierte, sozial und ökologisch orientierte Verkehrspolitik, wie sie im Stadtentwicklungsplan Verkehr 2003 vorgesehen ist, voran zu treiben.

Bei der Entscheidung über den 16. Bauabschnitt der BAB 100 geht es um eine folgenschwere Strukturentscheidung für die gesamte östliche Innenstadt. Damit würde der

erste Schritt zu dem innerstädtischen Autobahnring gemacht, dem die weiteren Schritte unweigerlich folgen müssten. Die Planfeststellungsunterlagen für den 16. Bauabschnitt verweisen in vielen Belangen auf diese Fortführung, auch wenn der Öffentlichkeit wichtige Planungsgrundlagen bis heute nicht zugänglich bzw. nachvollziehbar sind (z.B. Detailaussagen der Verkehrsprognose 2025, Bemessung des Straßenquerschnitts für Umweltverträglichkeitsstudie, Ermittlung des LKW-Anteils).

Ein solcher Ringschluss würde jedoch gewachsene Stadtstrukturen in den Gründerzeitquartieren wie auch in den Neubaugebieten zerschneiden, zur sozialen Abwertung beliebter Wohnquartiere führen und die Verkehrssituation nicht verbessern. An jedem Trassenabschnitt, an jeder Auf- und Abfahrt würden vorhandene Verkehrsprobleme durch die Bündelung und die Induzierung zusätzlicher Verkehrsströme zunehmen.

Es geht um unser Wasser

Das Berliner Wasser ist Spitze. Das Bundeskartellamt überprüft die Berliner Wasserpreise. Durch ein Volksbegehren sollen die geheimen Verträge der Teilprivatisierung der Wasserbetriebe offen gelegt werden.

Das Problem: Die größte Teilprivatisierung innerhalb der EU fand 1999 in Berlin statt. Die Berliner Wasserbetriebe wurden über eine Holding AG für 1,68 Milliarden Euro zu 49,9 Prozent verkauft. Heutige Anteilseigner sind RWE Aqua und Veolia Wasser. Wirtschaftsminister Harald Wolf (DIE LINKE) meint: „Die Teilprivatisierung haben wir schon immer für einen fatalen Fehler

gehalten, insbesondere die Konstruktion mit überzogener Rendite und der Garantie und Ausgleichsverpflichtung des Landes.“ Trotzdem hat sich das Abgeordnetenhaus dem Gesetzentwurf des Volksbegehrens nicht angeschlossen, die bisher geheimen Verträge öffentlich zu machen, um gegen die Teilprivatisierung vorgehen zu können. Die Neuköllner LINKE fordert mit einem Antrag an den Lan-

desparteitag Ende April dazu auf, dass der Landesverband DIE LINKE die 2. Stufe des Volksbegehrens „Schluss mit Geheimverträgen – Wir Berliner wollen unser Wasser zurück!“ unterstützt. Der Startschuß für die zweite Stufe des Volksbegehrens fällt Anfang Juli. Dann heißt es: Innerhalb von vier Monaten bis Oktober 170.000 gültige Unterschriften zu sammeln.

DIE LINKE. mach mit!

**Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht:
Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.**

Nimm Kontakt zu uns auf:

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0176 296 492 75,
ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0178 851 28 71
irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:

DIE LINKE.Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030/61359 19

Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon:

„Langer Tag gegen Nazis“ in Neukölln

Beim „Langen Tag gegen Nazis“ am 20. März in Neukölln war die Beteiligung deutlich stärker, als die Initiatoren aus Vereinen, Organisationen, Läden und Kneipen gehofft hatten. Ein guter Start für die Kampagne „Kein Ort für Nazis“. Anlass für den Aktionstag und die geplante Kampagne waren die in den letzten Monaten zunehmenden Anschläge auf antifaschistische Projekte, offenbar von Nazis. Bereits zum Auftakt am Mittag, einem von der Galerie Olga Benario organisierten antifaschistischen Stadtrundgang, kamen 150 Interessierte. So wurde aus einem Kietz-Spaziergang eine Spontandemonstration auf der Jonasstraße. Auch die weiteren Veranstaltungen fanden bis in den späten Abend lebhaftes Interesse. Das gilt für die Diskussion über den Kapp-Putsch vor 90 Jahren ebenso wie für Musikveranstaltungen, wie die „Antifa swings“-Party in der Friedel 54, Filmveranstaltungen im United Kiez Kino in der Weserstraße und andere kreative Aktionen. Nancy Larenas vom Salvador-Allende-Zentrum: „Der Tag heute macht Mut, denn wir halten solidarisch zusammen.“



Fotos: KDH

Nancy Larenas vom Salvador-Allende-Zentrum begrüßt die Teilnehmer/-innen zum Antifaschistischen Stadtrundgang.

„Erfolgreicher Widerstand setzt gemeinsames Vorgehen voraus“

Am „langen Tag gegen Nazis“ sprach „Neu-Köllnisch“ mit der Frauengeschichtsforscherin Claudia von Gélieu, die für die Galerie Olga Benario den Antifaschistischen Stadtrundgang durch Neukölln organisiert hat.

Neu-Köllnisch: Heute organisieren verschiedene Neuköllner Gruppen und Organisationen einen „langen Tag gegen Nazis“. Sie laden zu einem „Antifaschistischen Stadtrundgang durch Neukölln“ ein. Auf welche Orte und Ereignisse lenken Sie den Blick beim Stadtrundgang?

Claudia von Gélieu: Ich möchte die Alltäglichkeit des Widerstandes, der Verfolgung und der Verbrennen in der NS-Zeit von 1933-1945 zeigen. Niemand konnte und kann sich

der Auseinandersetzung mit dem Faschismus entziehen. Es geht uns alle an. Auch wenn die überlieferten Informationen lückenhaft sind, wird am Beispiel der Jonasstraße deutlich, dass in fast jedem Haus Menschen lebten, die als Gegner der Nazis verhaftet wurden. Nur an Martin Weise erinnert eine Gedenktafel. In der heutigen Karl-Marx-Straße gibt es mehrere Adressen, wo während des Krieges für alle Nachbarn und Nachbarinnen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter einquartiert waren. Der Saalbau wurde als Sammellager für den Besitz der deportierten Juden und Jüdinnen genutzt. Und viele Linke wie zum Beispiel Olga Be-

nario wurden schon von der Weimarer Justiz und Polizei verfolgt, ehe sie von den Nazis ermordet wurden.

Neu-Köllnisch: Am „langen Tag gegen Nazis“ wirken unterschiedliche Gruppen und Organisationen zusammen. Was verbindet und motiviert sie zur gemeinsamen Aktion?

Claudia von Gélieu: Viele wurden in den letzten Monaten von Nazis angegriffen. Einzelnen sind wir dagegen machtlos. Erfolgreicher Widerstand setzt eine breite Öffentlichkeit und gemeinsames Vorgehen voraus, auch das lehrt der Blick in die Geschichte: Die Zersplitterung und der

Streit ihrer Gegner hat es den Nazis vor 1933 leicht gemacht.

Neu-Köllnisch: Die Organisatoren wollen mit den heutigen Aktionen eine langfristige Kampagne starten. Was ist das Ziel?

Claudia von Gélieu: Die NPD muss wie alle Nazi-Organisationen verboten werden. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Sie dürfen nicht länger öffentlich geduldet ihre menschenverachtenden Positionen verbreiten, damit rechte Gewalttäter zu entsprechendem Handeln ermutigen und dafür auch noch mit öffentlichen Gelder gefördert werden. Über die von den Angriffen betroffenen linken Projekte hinaus muss die Solidaritätsarbeit in Zukunft dabei auch andere von den Nazis diffamierte Bevölkerungsgruppen einbeziehen, sich mit alltäglichem Rassismus und Ausgrenzung auseinandersetzen.



Claudia von Gélieu gab Einblicke in den antifaschistischen Widerstand. **Neu-Köllnisch** · 03/2010 - APRIL



Claudia von Gélieu erinnert an Dorothea Stutkowski, die sich während der NS-Zeit gegenüber Menschen jüdischer Herkunft solidarisch verhielt.



An Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime wurde erinnert.



Columbia-Haus - KZ auf dem Tempelhofer Feld

Hier stand das berühmte Gestapo-Gefängnis nach der Machtübertragung an die Nazis 1933

Am 8. Mai wird das Tempelhofer Feld geöffnet. Damit beginnt für das Gelände nach seiner Geschichte als Militär exerzierplatz, Truppenübungsplatz und Flughafen ein neuer Abschnitt. In dieser und der nächsten Ausgabe von „Neu-Köllnisch“ wollen wir an ein dunkles Kapitel dieser Geschichte im Zeichen des Adlers und des Hakenkreuzes erinnern: An das KZ Columbia-Haus und an die Zwangsarbeiter, die in Rüstungsbetrieben auf dem Tempelhofer Feld eingesetzt wurden.

Das Gebäude des Militärgefängnisses auf dem Tempelhofer Feld, in dem von 1933 bis 1936 politische Gegner der Nazis gefangen gehalten wurden, steht nicht mehr. Es wurde im Zuge des Baus des Zentralflughafens Berlin-Tempelhof 1938 abgerissen. Während der Olympischen Spiele 1936 in Berlin, als sich die Nazis als welt-offen präsentierten, gab es noch das KZ Columbia-Haus. „Fragen Sie nach dem Columbia-Haus“, forderte ein Flugblatt in englischer Sprache auf, das an Olympia-Touristen verteilt wurde. Sie sollten sich nicht von der Nazi-Propaganda-Schau blenden lassen.

Das an der Wende zum 19. Jahrhundert in unmittelbarer Nähe zum großen Kasernenkomplex „Friesenstraße“, der heute von der Berliner Polizei genutzt wird, errichtete Militärgefängnis kam 1933 in die Hände der Nazi-Bürgerkriegstruppen. Wenige Tage nach der Machtübertragung an die NSDAP am 30. Januar 1933 wurden am 22. Februar große Teile von SA, SS und Stahlhelm vom kommissarischen preußischen Innenminister Göring zur „Hilfspolizei“ ernannt. Kurz darauf erfolgte die Ausgliederung der Politischen Polizei und die Aufstellung der „Polizeibereitschaft z.B.V.“



Das Ende des 19. Jahrhunderts auf dem Tempelhofer Feld gebaute Militärgefängnis (rechts im Bild von 1905) befand sich gegenüber den Kasernen am heutigen Columbiadamm. Die Skizze aus dem Jahr 1896 (unten) zeigt die genaue Lage des Gebäudes. Von 1933 bis 1936 wurde hier von den Nazis das KZ Columbia-Haus eingerichtet.

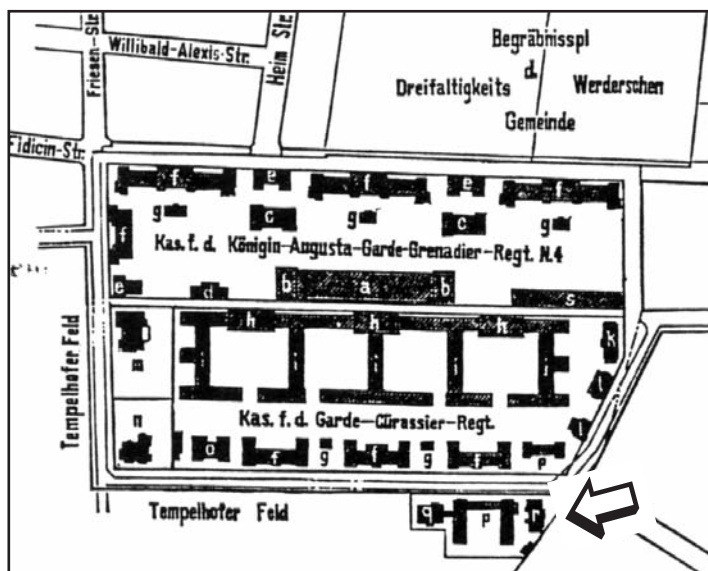
(zur besonderen Verwendung). Sie etablierte sich in den Kasernen an der Friesenstraße in der Nähe des Columbia-Hauses. Die ersten Häftlinge kamen im Sommer 1933 ins Columbia-Haus, im September waren es bereits 400, die in diesem, der Gestapo unterstellten Gefängnis inhaftiert wurden. Bewacht wurden sie von SS-Männern, die sie quälten, folterten und erniedrigten.

Neben vielen Antifaschisten wurde im Columbia-Haus Robert M.W. Kemper 1935 von den Nazis eingesperrt. Nach seiner Entlassung konnte er in die USA fliehen, nach 1945 war er einer der Hauptankläger bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen.

Erinnert sie hier, stellvertretend für Viele, an den Neuköllner Sozialdemokraten Eberhard Hesse, 1911 in Rixdorf geboren. Er war vom 23. April 1936 bis zum 29. Mai 1936 im Columbia-Haus inhaftiert, anschließend in Untersuchungshaft. Im Januar 1937 wurde er zu einem Jahr und 6 Monaten Gefängnis („Vorbereitung zum Hochverrat“) verurteilt.

Eine ausführliche Dokumentation zum KZ Columbia-Haus ist 1990 bei der Edition Hentrich anlässlich der geplanten Errichtung eines Mahnmals erschienen. Dieses Mahnmal steht inzwischen, allerdings auf der falschen Straßenseite. Die Freigabe des Tempelhofer Feldes für die Öffentlichkeit sollte Anlass sein, Raum für Erinnerung und Mahnung an der „richtigen“ Stelle zu schaffen.

Klaus-Dieter Heiser



„Erinnern - Gedenken - Mahnen“ - An das KZ Columbia-Haus erinnert ein Mahnmal an der Ecke Columbiadamm/Golbener Straße, allerdings auf der „falschen“ Straßenseite.

„Deutschland im Krieg“

Galerie Olga Benario: Christine Buchholz über Begegnungen in Afghanistan

Christine Buchholz, Bundestagsabgeordnete der LINKEN, berichtet am 6. Mai über die aktuelle Situation in Afghanistan und ihre Begegnungen mit den Opfern und Hinterbliebenen der Bombardierungen von Kunduz.

Ihr Bericht schließt eine Veranstaltungsreihe in der Galerie Olga Benario ab, in der über Kriegseinsätze der Bundeswehr seit 1999, den Bundeswehreinsatz im Innern, die Rekrutierungspraxis der Bundeswehr, die Militarisierung der Europäischen Union, aber auch die ak-

tuellen Kampagnen und Ziele der Friedensinitiativen informiert wird. In der Ausstellung wird eine Sammlung von Friedensplakaten der letzten Jahrzehnte gezeigt.

Im April stehen auf dem Veranstaltungsplan: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten. Inlandseinsätze der Bundeswehr und zivilmilitärische Zusammenarbeit“ (22.4.), eine biografische Lesung über die Pazifistin Bertha von Suttner (23.4.) und ein Vortrag über die imperialistischen Konzeptionen des „Institut for Security Studies“ der Europäischen Union (29.4.).

Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 19.30 Uhr, Richardstraße 104 (nahe U-Bhf. Karl-Marx-Straße).



Foto: Steffen Twardowski

Jan van Aken (re) spricht mit Augenzeugen des Bombenangriffes in Kunduz. Wazir Gul (Mitte) hat schwere Verbrennungen am Rücken und eine Verletzung am Bauch erlitten. Noor Djans (li) rechte Hand ist abgerissen, sein rechter Arm ist nur notdürftig wieder angenäht worden.

Steffen Schmolke am Richardplatz

Bis zum 12. Mai sind neue Bilder von Steffen Schmolke „Alles muss raus oder Umsonst ist nicht umsonst“ bei der LINKEN am Richardplatz 16 in Berlin-Neukölln zu sehen.

Groß war die Spannung bei der Vernissage am 15. März: Der Maler Steffen Schmolke erfreut sich großer Beliebtheit in Berlins alternativer Kunstszene.

Die Geschäftsstelle der LINKEN hatte sich komplett verändert: es wurden Instrumente, Soundanlagen, Stoffbahnen und ein Regendach angefahren. Schon am Nachmittag bereitete Bezirksvorstandsmitglied Julia Dobberstein das leibliche Wohl vor, in Form von 250 leckeren orientalischen Häppchen.

Es wurde 19 Uhr, und kurze Zeit später versammelten sich zwischen 80 und 100 Besucher. Julia Dobberstein eröffnete die Veranstaltung mit einer kleinen Ansprache. Danach folgte eine geschickt inszenierte Performance, weit jenseits

üblicher Vernissage-Muster. Abwechselnd gab es Lieder und Gedichte zu hören, erstere von der Musikerin Susi Koch mit reizender Stimme am Piano vorgetragen, zweitere von der Schauspielerin Fanny Staffa. Dazu präsentierte Steffen Schmolke seine neuen Bilder, sie wurden einzeln und nacheinander im Spotlicht gezeigt.

Die Stimmung war fantastisch, es wurde in allen Ecken geplauscht und diskutiert, Beziehungen wurden geknüpft. Material der Partei DIE LINKE wurde mit Interesse aufgenommen. Alle waren sich einig: Dieses war eine absolut gelungene Veranstaltung, die noch lange begeisternd im Bewusstsein bleiben wird.

Die Ausstellung kann bis zum 12. Mai kostenlos besichtigt werden: montags, dienstags und donnerstags von 10 bis 16 und von 17 bis 19 Uhr sowie freitags von 10 bis 14 Uhr oder nach telefonischer Vereinbarung 030-613 5919. DIE LINKE Neukölln, Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße).



Foto: DIE LINKE Neukölln

Steffen Schmolke bei der Vernissage am 15. März.

Anzeige

**LINKER JOURNALISMUS
BRAUCHT ÖFFENTLICH-
KEIT BRAUCHT LINKEN
JOURNALISMUS**

**JETZT
GRATIS
TESTEN!**

DAS ND-PROBEABO

Jetzt **2 Wochen kostenlos** und unverbindlich testen:
Tel. 030/2978-1800 oder www.neues-deutschland.de

► **DRUCK VON LINKS** Neues Deutschland

Termine DIE LINKE Neukölln

Wahlmitgliederversammlung
Freitag, 23.4., 18.30 Uhr
zusammen mit dem Bezirksverband
Tempelhof-Schöneberg zwecks
Wahl zweier Delegierter zum Bun-
desparteitag im Theodor-Heuss-Saal
des Rathauses Schöneberg am
John-F.-Kennedy-Platz, 10825 Berlin.

Bezirksvorstand

Donnerstag, 15.4., 19.00 Uhr
Donnerstag, 29.4., 19.00 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

Vorbereitungsgruppe 8. Mai 2010
Montag, 12.4. und 26.4., 19.00 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

Am 8. Mai 2010, dem 65. Jahrestag
der Befreiung vom Faschismus, wird
das Tempelhofer Feld für die Bevölke-
rung der Stadt geöffnet. Wir wollen ge-
meinsam unsere Aktionen planen.

BO Hermannstraße

Mittwoch, 14.4., 19.00 Uhr
Thema: „Atompolitik-AKWs“
Mittwoch, 28.4., 19.00 Uhr
Thema: „Debatte zum Entwurf für
ein Programm der Linken“
Mittwoch, 2.5., 19.00 Uhr
Thema: „Wie stehen die Linken zur
Gewalt“
im Salvador-Allende-Zentrum,
Jonasstr. 29, 12053 Berlin

BO Reuterkiel

Dienstag, 13.4., 19.00 Uhr
Offenes Treffen im Restaurant
Odysseus, Friedelstraße 37
Dienstag, 27.4., 19.00 Uhr
im Verein iranischer Flüchtlinge in
Berlin e.V., Reuterstraße 52

BO Rixdorf

Donnerstag, 8.4., 19.00 Uhr
Thema: „Der neue Programm-
entwurf unserer Partei“
Donnerstag, 22.4., 19.00 Uhr
Richardplatz 16

BO Süd

Mittwoch, 14.4., 18.00 Uhr
„Integration: Wer braucht türkische
Schulen in Deutschland?“
Gemeinschaftshaus Gropiusstadt,
Clubraum II, Bat-Yam-Platz
Mittwoch, 21.4., 18.00 Uhr
Infostand (Bat-Yam-Platz)
Mittwoch, 28.4., 18.00 Uhr
„Auf zum demokratischen Sozialis-
mus - Einführung in die Programm-
debatte“
Gemeinschaftshaus Gropiusstadt,
Clubraum II, Bat-Yam-Platz

Erwerbsloseninitiative Neukölln

Dienstag, 20.4., 11.00 bis 14.00 Uhr
Erwerbslosenfrühstück
DIE LINKE, Richardplatz 16

Impressum

Neu-Köllnisch erscheint 10 x im Jahr
Herausgeber: DIE LINKE,
Landesverband Berlin
Auflage dieser Ausgabe: 3.000
V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser
Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln
Richardplatz 16, 12055 Berlin,
Tel./Fax: 613 59 19

Redaktionsschluss: 6. April 2010
Beiträge für die nächste Ausgabe
bitte bis zum 26. April 2010
Namentlich gekennzeichnete Artikel
müssen nicht der Ansicht des Heraus-
gebers entsprechen.

Berliner Ostermarsch 2010



Foto: Kerstin Kirst

Zehntausende Menschen haben bei den diesjährigen Ostermärschen bundesweit gegen Atomwaffen, Rüstung und Krieg sowie für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan demonstriert. In Berlin führte der Ostermarsch am Ostermontag vom Potsdamer Platz zur Straße Unter den Linden, vorbei an den nahe bei der Bundesregierung entstandenen Vertretungen der Rüstungsindustrie.

DIE LINKE: Diskussion über Parteiprogramm

Am 20. März haben die beiden Parteivorsitzenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine den Entwurf für das Parteiprogramm der LINKEN vorgestellt.

Der Programmentwurf traf auf großes Interesse innerhalb und außerhalb der Partei. In der Präambel heißt es: „DIE LINKE steht für Alternativen, für eine bessere Zukunft. Wir sind und werden nicht wie jene Parteien, die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und gerade deshalb kaum noch voneinander unterscheidbar sind. Wir verfolgen ein konkretes Ziel: Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der

alle Menschen in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus.“

Jetzt wird dieser Entwurf in der Partei DIE LINKE diskutiert. „Neuköllnisch“ wird über Termine in Neukölln informieren und lädt alle Leserinnen und Leser zur Debatte ein.

Der Programmentwurf steht im Internet bereit unter:
<http://die-linke.de/programm/programmentwurf/>

DIE LINKE: Mitglieder- entscheid

In diesen Tagen erhalten die Mitglieder der Partei DIE LINKE die Unterlagen für einen Mitgliederentscheid per Post zugeschickt.

Die Parteivorsitzenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine haben sich in einem Brief an die Mitglieder der Partei gewandt und bitten darum, bei der von neun Landesverbänden aus Ost und West beantragten Urabstimmung über die neue Struktur der Parteispitze und eine spätere Urabstimmung zum Parteiprogramm jeweils mit Ja zu stimmen. Letzter Abgabetermin beim Landes- oder Parteivorstand ist der 23. April 2010 um 18.00 Uhr.

Linke Bildung Konkret

Was ist Bildung? Was bedeutet Bildung für Neukölln?

Diskussionsveranstaltung mit

Agnes Alpers, MdB, bildungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der LINKEN

Jürgen Schulte, Bezirksleitung der GEW-Neukölln

Peter Börtzler, GEW-Berlin, stell. Landesvorsitzender

Moderation: Michael Anker, DIE LINKE. Neukölln

Mittwoch, 21.04. 2010, um 19.00 Uhr
im BVV-Saal des Rathauses Neukölln, Karl-Marx-Straße 83,
am U-Bahnhof Rathaus Neukölln